



Niederschrift Sitzung des Ortsbeirates Allmendfeld

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.05.2017
Sitzungsbeginn:	20:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Nebenzimmer des Bürgerhauses

- 1 Bericht des Magistrats**
- 1.1 Erster Spatenstich Dorfplatz Allmendfeld**
- 1.2 Bürgerhaus Allmendfeld**
- 2 Sachstandsbericht i. S. Radweg nach Allmendfeld**
- 3 Sachstandsbericht i. S. Baufortschritt Feuerwehr Allmendfeld**

1 Bericht des Magistrats

1.1 Erster Spatenstich Dorfplatz Allmendfeld

Herr Bürgermeister Burger informiert die Anwesenden über den am 28.03.2017 vorgenommenen Spatenstich zur Erneuerung der Dorfmitte Allmendfeld. Die Maßnahme läuft zwischenzeitlich an. Es gibt eine Änderung bei dem Dorfbrunnen, der undicht und auch in der Bauausführung zu hoch sei, weswegen man nach Alternativen suche.

Herr Bürgermeister Burger verliest weiterhin auszugsweise eine bei der Stadtverwaltung Gernsheim eingegangenen E-Mail, welche der Verwaltung am 21.04.2017 zugegangen ist. Hier wird durch eine Mitbürgerin massive Kritik an der Baumaßnahme des Dorfplatzes ausgeübt. Auszugsweise wird verlesen, dass dieser Ort „noch nie hässlicher als jetzt gewesen sei“.

Weiterhin wird der neu vorgesehene Wasserspielplatz in massiver Art und Weise angegriffen und die Kernaussage *„das Image des Hitler-Dorfes war mir ehrlich gesagt lieber, weil es zeigt, dass unser Dorf Geschichte hat“* zitiert.

Im Anschluss daran erfolgt eine allgemeine Diskussion der Erschienenen zur vorgenannten E-Mail, wobei klargestellt wird, dass es sich hier um eine Einzelfallmeinung handelt und nicht um die Meinung der Anwesenden. Die seinerzeitige Diskussion wegen des Wegfalls der Parkplätze wird nochmals in Erinnerung gebracht. Herr Bürgermeister Burger führt dazu aus, dass man das derzeitige Haltverbot in der Rathausstraße als Testphase ansehe, die sich anschließende Beschilderung sei noch seitens der Ortspolizeibehörde festzulegen.

1.2 **Bürgerhaus Allmendfeld**

Herr Bürgermeister Burger informiert die Anwesenden darüber, dass der Pächter des Bürgerhauses zum 30.06.2017 seinen Pachtvertrag gekündigt habe. Er wirbt dafür, wieder einen Pächter für das Bürgerhaus zu suchen.

Aus dem Kreis der Anwesenden wird die Frage gestellt, ob an der Allmenfelder Kerb noch eine Bewirtung stattfindet. Seitens der Verwaltung wird zugesagt, dies mit dem Pächter zu klären, da gegebenenfalls Alternativen zu suchen sind.

2 **Sachstandsbericht i. S. Radweg nach Allmendfeld**

Herr Bürgermeister Burger begrüßt zu diesem Punkt nochmals Herrn Sattler vom Büro IBE ausführende Ingenieure aus Mühlthal, der insgesamt drei Pläne zu dem vorgesehenen Radwegebau mitgebracht hat. Herr Bürgermeister Burger stellt nochmals den vom Ortsbeirat erarbeiteten Fragebogenkatalog vor. Weiterhin wird die Verfahrensweise dargestellt, insbesondere ist die Beachtung der Zeitschiene aufgrund der Vorgaben des Kreises zu beachten. Für die Baukosten treten Land und Kreis ein; seitens der Schöfferstadt Gernsheim sind die Planungskosten zu übernehmen. Auch von Hessen Mobil wird dringend auf die Zeitschiene verwiesen, da die Antragstellung bis zum 30.06.2017 vorzunehmen sei.

Durch Frau Weinmann (Bd.90/Die Grünen) wird darum gebeten, den genannten Fragebogenkatalog nacheinander abzuarbeiten und die Fragen sowie die gegebenen Antworten ins Protokoll aufzunehmen. Aufgrund dessen nun nachstehend die Fragen und die dazu gegebenen Antworten:

Frage 1:

Ist der vorliegende Plan noch aktuell?

Herr Sattler teilt mit, dass der Plan immer noch aktuell sei. Dieser war Grundlage des Förderantrags und wird von ihm als sehr gut und unkompliziert bezeichnet, was auch die kurzfristige Prüfung bei Hessen Mobil ergeben habe. Herr Sattler führt aus, dass eine Förderhöhe von 60 bis 70 % je nach der Verfügbarkeit der finanziellen Mittel erreicht werden könne. Die Förderung richtet sich danach, zu welchem Zeitpunkt eine Förderung beantragt werden würde. Herr Sattler führt weiterhin aus, dass die technischen Hausaufgaben gemacht seien, jedoch die Schaffung des

Baurechts noch fehlen würde. Offen sei insbesondere die Frage der Verfügungsgewalt über die für den Bau des Radwegs erforderlichen Grundstücke.

Frage 2:

Gibt es andere Planungsvarianten?

Herr Sattler führt hierzu aus, dass eine alternative Planungsvariante um die Pumpstation herum führe. Hierzu seien zwei Verschwenkungen mehr erforderlich und es müssten mehr Leitungen überbaut werden. Weiterhin sei eine Unterschreitung der Mindestbreite des Radweges von 2,50 m auf 2,00 m notwendig. Auch ein Schacht von Hessenwasser sei hier im Wege, der nicht versetzt werden könne. Diese alternative Planungsvariante sei auch mit dem Fördermittelgeber noch nicht geklärt, was darauf zurückzuführen sei, dass man jetzt eine förderungsfähige Planung habe, die bereits abgestimmt und problemlos sei.

Insbesondere seien auch die Leitungstrassen sowie die Straßenlösung bereits mit eingeplant, so dass keine Änderung im Bestand notwendig werden würde. Auch seien Alternativen wegen der vorhandenen Richtlinien des Wasserschutzgebietes problematisch und sollten daher vermieden werden.

Frage 3:

Ist ein kleinerer Abstand zur Straße möglich? Siehe vorgegebene

Antwort von Herrn Sattler; Kleinere Straßenabstände bedingen einen kleineren Radweg mit der nicht geklärten Frage der Förderungsfähigkeit.

Frage 4:

Warum endet der Weg am Anwesen der Familie Jung?

Wie hoch ist der Flächenverbrauch für den Radweg?

Herr Sattler teilt mit, dass der Weg am Anwesen Jung enden würde, da danach keine nennenswerten Verkehrsströme mehr festgestellt worden seien. Weiterhin sei in diesem Fall keine Querung der Straße erforderlich so dass die derzeitige Planvariante auf jeden Fall vorzuziehen sei.

Hinsichtlich des Flächenverbrauchs teilt er mit, dass ca. 12.000 qm als Flächenbedarf ermittelt worden seien. Hiervon müssten ca. Dreiviertel der Fläche seitens der Stadt erworben werden.

Die Fläche errechnet sich, da für die Dammkrone sowie die jeweiligen Banketten rechts und links eine Gesamtbreite von 3,50 m notwendig sei. Die Dammkrone belaufe sich auf 2,50 m, die jeweiligen Banketten auf je 0,50 m. Herr Bürgermeister Burger führt dazu aus, dass das Ordnungsamt beauftragt sei, Verkehrszählungen vorzunehmen. Ein Ergebnis dieser Verkehrszählung liegt bisher noch nicht vor.

Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass bei einem Flächenankauf der Stadt die Ankaufskosten in die Förderung des Landes mit einfließen können, nicht aber in die Förderung des Kreises. Man geht davon aus, dass eine 70 %ige Förderung seitens des Landes möglich sei,

30 % der Kosten hingegen seien von der Stadt zu tragen.

Frage 5:

Wie hoch wäre der Flächenverbrauch für einen neuen Feldweg entlang der Flurstücke 68, 58, 48, 38, 28, 18 und 08?

Hierzu wird ausgeführt, dass alternativ ca. 2.000 qm an Fläche notwendig seien.

Frage 6:

Wer ist für den Neubau eines Feldweges und die Verlegung / Veränderung an der Ringleitung zuständig? (Planung/Ausführung/Kosten)

Herr Sattler teilt mit, dass dies ausschließlich Sache der Stadt sei.

Frage 7:

Werden die Entwässerungsgräben entlang des Berlewegs noch benötigt?

Hierzu wird ausgeführt, dass diese nach wie vor von elementarer Bedeutung sind. Die Entwässerungsgräben müssen, wie bereits im Bestand ausgeführt, bleiben.

Frage 8:

Im Bereich des Flurstückes 37 sieht der Abstand zum Berleweg recht klein aus. Ist hier genügend Platz, um den Radweg zu bauen?

Herr Sattler weist die Erschienenen darauf hin, dass man sich dies am Plan am besten ansehen könne, weswegen er nach der Beantwortung der Fragen alle Anwesenden zur Besichtigung der auf den Tischen ausgelegten Pläne bittet.

Frage 9:

Kann die Wegführung um die Pumpstation enger geführt werden? z.B. Nutzung des bestehenden Weges Richtung Wasserwerk?

Auch hierzu teilt Herr Sattler mit, dass man sich dies am Plan am besten anschauen könnte. Die derzeit angedachte Wegführung um die Pumpstation herum könne nicht enger geführt werden, da die vorgegebenen Radien auf konkreten Vorgaben der Genehmigungsbehörden beruhen würden. Eine engere Führung würde zwar Platz sparen, jedoch den Radfahrer zwingen, kürzer Abzubiegen und dies könne insbesondere wegen der auf 30 km/h ausgelegten Geschwindigkeit des Radweges möglicherweise dazu führen, dass die Förderfähigkeit versagt wird.

Frage 10:

Wer erbringt die Kompensation und mit wie viel Kosten ist diese verbunden?

Die Kompensation als naturschutzrechtlicher Ausgleich wurde durch die Stadt Gernsheim bereits beauftragt. Frau Banz-Jochum sei bereits tätig geworden. Das vorhandene Ökopunktekonto der Stadt Gernsheim kann hierzu genutzt werden, gegebenenfalls muss nochmals mit der Naturschutzbehörde nachverhandelt werden. Die Nutzung der

Zwickelflächen solle nach Möglichkeit erfolgen. Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die Erbringung durch die Schöfferstadt Gernsheim zu gewährleisten sei. Es trete ein Verlust von Punkten ein, deren Gegenwert allerdings nicht als förderfähig anerkannt werden würde.

Frage 11:

Wurde nochmals der Ausbau als gemischt genutzter Weg angedacht bzw. wurde diese Möglichkeit nochmal mit dem Landkreis besprochen?

Sowohl der Anschluss parallel zur B 44 als auch der weitere Verlauf des Radweges ist ausgebaut. Als Beispiel dienen ebenfalls die Radewege im Bereich von Groß-Rohrheim.

Könnte die Stadt Gernsheim evtl. anfallende Mehrkosten tragen?

Der Ausbau als gemischt genutzter Weg müsste lt. Herrn Sattler nochmals mit den Fördergebern besprochen werden. Weiterhin sei ein stärkerer Aufbau bei der Bauausführung als bei dem reinen Radweg notwendig, da hier auch landwirtschaftliche Geräte den Weg befahren müssten. Technisch sei es erforderlich, den Weg dann mindestens 1 m breiter und auch im Unterbau stärker auszubauen. Die Mehrkosten würden in diesem Falle vollständig bei der Stadt Gernsheim hängen bleiben.

Weiterhin teilt Herr Sattler mit, dass bei landwirtschaftlichem Verkehr möglicherweise keine Förderung erfolgen würde, so dass unter Umständen ein Totalverlust für die Schöfferstadt Gernsheim eintreten könnte, da dann alle entstehenden Kosten ausschließlich zu Lasten der Stadt gingen. Herr Sattler teilt weiterhin mit, dass derzeit niemand abschätzen kann, wie viel Radverkehr und wie viel landwirtschaftlicher Verkehr sich die Verkehrsfläche teilen würden. Herr Sattler äußert erhebliche Bedenken wegen der Sicherheit, da bei einem gemeinsam genutzten Weg davon auszugehen sei, dass dieser durch landwirtschaftliche Fahrzeuge verschmutzt und dass der Weg auch unbeleuchtet sei, wodurch dann eine Gefährdung von Radfahrer eintreten könnte. Herr Sattler bestätigt auf Nachfrage, dass ein gemeinsam genutzter Weg nicht zu empfehlen sei.

Weiterhin fordert er ein projektspezifisches Denken ein. Ein Vergleich mit anderen Projekten auch mit anderen Kommunen sei mehr als schwierig und dies sei auch in der bisherigen Planung noch nicht geprüft worden, zumal eine sach- und fachgerechte Planung vorhanden sei.

Herr Bürgermeister Burger führt ergänzend dazu aus, dass die Gemeinde Groß-Rohrheim seine Wege aus Mitteln der Flurbereinigung bezahlt habe und diese keine offiziellen Radwege seien.

Frage 12:

Folgende Variante würde von uns in der Arbeitssitzung diskutiert:

-Ausbau des Radwegs bis zur Höhe des Waldfriedhofes

-Tempo 50 ab diesem Bereich auf dem Berleweg

-Deutlich geringere Kosten und geringerer Flächenverbrauch

Herr Sattler führt aus, dass dies kein Lückenschluss sei. Eine Fahrbahnquerung wird notwendig, die Frage der Zuschussgewährung entgegen der ursprünglichen Planung sei fraglich. Die bisherige Planung sei problemlos von Hessen Mobil bestätigt worden, bei einer Änderung sei dies mehr als fraglich, da zum einen die Breite des Radweges eingeschränkt werden würde, zum anderen eine Gefährdung der Radfahrer durch die beiden vorhandenen Anwesen bei der Ein- und Ausfahrt mit dem Pkw eintreten könnte.

Zu Tempo 50 teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass die Messungen derzeit noch ausstehen und seitens der Verkehrsbehörde zu gegebener Zeit zu prüfen und entsprechend umzusetzen sind.

Frage 13:

Weitere Variante: Ausbau auf der Nordseite des Berlewegs, Ausbau bis zum Hof Jörg

Herr Sattler verweist hier auf den bestehenden Erläuterungsbericht zum Antrag. Die Zwangspunkte bei einer anderen Variante liegen insbesondere bei den Hausnummern 22 und 23. Bei einem Ausbau des Radweges von nur 2 m würden immer noch ca. 20 cm fehlen, so dass die geforderte Mindestbreite bei einer Förderung von 2,50 m auf keinen Fall erreicht werden würden. Die Ausfahrten von den vorgenannten Anwesen seien sehr problematisch für den Radverkehr.

Die Verschiebung auf die Nordseite sei auf keinen Fall empfehlenswert; die Frage einer Förderung nicht gewährleistet. Seitens der Planer wurden nach intensiver Prüfung empfohlen, diese alternative Variante auf der Nordseite des Berlewegs auf jeden Fall abzulehnen.

Frage 14:

Zu den Kosten: Zu welchem Preis wurden die Kaufangebote abgegeben?

Wird oder wurde eventuell beim Preis nachgebessert?

Wie waren/sind die Reaktionen der Eigentümer?

Wie hoch sind die Baunebenkosten Planung/Grunderwerb?

Wie hoch sind die gesamten Kosten und welchen Anteil trägt die Stadt Gernsheim?

Herr Bürgermeister Burger führt aus, dass es bisher fünf Eigentümer gab, die nicht bereit seien, zu verkaufen, die restlichen Eigentümer hingegen haben ihre Verkaufsabsicht bestätigt. Einvernehmlich sei allen ein Preis von € 6,00/qm angeboten worden, der deutlich über dem Wert von Ackerland von ca. € 2,00 bis € 2,50 liege. Eine Nachbesserung bei den Preisen sei nicht beabsichtigt, um eine Gleichbehandlung aller Eigentümer zu gewährleisten.

Zu den Baunebenkosten ist auszuführen, dass ca. € 40.000,00 an Baunebenkosten eintreten könnten. Die Gesamtbaukosten belaufen sich lt. Herrn Sattler auf € 832.000,00 brutto einschließlich der Mehrwertsteuer. Mit dem Grunderwerb gehe man davon aus, dass insgesamt ca. € 900.000,00 für den Radweg notwendig seien.

Zurzeit sei für die Schöffersstadt Gernsheim mit Grunderwerbskosten von ca. € 40.000,00 anteilig zu rechnen, weiterhin seien die Planungskosten voll zu tragen. Herr Bürgermeister Burger geht davon aus, dass die Kosten für die Schöffersstadt Gernsheim sich auf ca. € 100.000,00, möglicherweise aber auch weniger belaufen könnten.

Frage 15:

Sonstiges: Wie sind die Ergebnisse der Verkehrszählung (Kfz, Radfahrer, wann wurde genau gezählt)?

Welche Kosten und welcher Aufwand entstehen bei der (temporären) Aufstellung einer Geschwindigkeitstafel mit Anzeige?

Herr Bürgermeister Burger führt dazu aus, dass es bei der Umfahrung der Pumpstation noch Bewegungsmasse gäbe.

Herr Sattler stellt den Erschienenen anschließend alle Pläne vor und erläutert diese umfassend mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen. Anhand dieser Planvorstellung erfolgt eine umfassende Diskussion der verschiedenen Varianten und Möglichkeiten zur Ausgestaltung des Radweges. Gleiches über den als zu hoch angesehenen Flächenverbrauch, der zu Nachteilen der Landwirtschaft führt, dies insbesondere bei der Umfahrung des Brunnens von Hessenwasser.

Seitens der Anwesenden werden kürzere Wege angeregt, gegebenenfalls der Einbau von rechten Winkeln. Herr Sattler führt hierzu aus, dass der Plan laut den geltenden gesetzlichen Empfehlungen geplant wurde, um einen Radfahrverkehr mit einer Geschwindigkeit bis zu 30 km/h abwickeln zu können. Er warnt vor einer Verwässerung der Maßnahme und weist darauf hin, dass die Kurven notwendig und gerechtfertigt sind. Die gegenwärtige Entwurfsplanung sei noch nicht die Ausführungsplanung, Veränderungen seien jederzeit noch möglich.

Im Anschluss an die gesamte Diskussion dankt Herr Ortsvorsteher Hillerich Herrn Sattler für die umfassende Information und die Darstellung anhand der Pläne sowie die gegebenen Antworten auf den vorgelegten Fragenkatalog.

Herr Bürgermeister Burger stellt abschließend die Frage, ob:

1. Auf der Grundlage der vorgelegten Planung weitergearbeitet werden kann und ob
2. bei einer Verweigerung der Grundstückseigentümer zum Verkauf der benötigten Flächen seitens des Ortsbeirats die Bereitschaft besteht, ein B-Planverfahren (gegebenenfalls auch mit einer Besitzeinweisung bzw. Enteignung) mitzutragen?

Herr Bürgermeister Burger stellt nochmals heraus, dass es wichtig sei, alle Grundstückseigentümer gleich zu behandeln und nicht zu unterschiedlichen Grundstückspreisen beim Ankauf zu kommen.

Abschließend stellte Herr Bürgermeister Burger die Frage, ob es ein Stimmungsbild des Ortsbeirats zu dem vorgesehenen Radwegebau gäbe.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird durch Frau Weinmann erklärt, dass ihre Fraktion dem vorliegenden Planentwurf zustimmen würde. Dies insbesondere auch im Hinblick darauf, dass durch den künftigen Radweg auch der Berlweg frei für die Landwirtschaft werde und sich das derzeitige Gefahrenpotential für die Radfahrer erheblich reduzieren würde.

Seitens der CDU-Fraktion wird durch Herrn Helfrich bestätigt, dass man ebenfalls bereit sei, der Planvariante zuzustimmen. Dies allerdings unter der Prämisse, dass ein geringerer Flächenverbrauch anzustreben sei; ansonsten sei die Ausführungsplanung in Ordnung.

3

Sachstandsbericht i. S. Baufortschritt Feuerwehr Allmendfeld

Herr Bürgermeister Burger teilt den Erschienenen die derzeitige Sachlage zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses Allmendfeld mit. Hierzu werden die für die Bürgerversammlung vorbereiteten Folien entsprechend verwendet; die darin enthaltenen Angaben werden bekanntgegeben. Hier wird auf die klare Gliederung der technischen Bereiche, einen direkten ungehinderten Zugang über die Eingangshalle zu den Umkleideräumen und weiter zu der Fahrzeughalle sowie eine möglichst kreuzungsfreie Zu- und Abfahrt der Einsatzkräfte verwiesen. Weiterhin ist angedacht, die Fahrzeughalle um einen weiteren Stellplatz zu erweitern. Der Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses ist als konventionelle Baumaßnahme mit einem Wärmedämmverbundsystem vorgesehen. Die Beheizung erfolgt über einen Erdtank mit Flüssiggas in einem Gasbrennwertgerät.

Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass der Baubeginn voraussichtlich für den 31.08.2017 geplant sei; ein eventueller Spatenstich sei noch zu vereinbaren. Bis Dezember 2017 soll die Fertigstellung der Rohbau- und Dachdeckungsarbeiten erfolgen. Weiterhin ist geplant, bis zum 01.12.2018 den Neubau einschließlich aller Außenanlagen fertigzustellen.

Nach dem Ende des Punkts 3 werden von den erschienenen Ortsbeiratsmitgliedern noch Fragen gestellt. Diese betreffen insbesondere die nächste Bauausschusssitzung am 16.05.2017, zu der Vertreter der Deutschen Bahn zum Vortrag eingeladen seien. Hierzu wird von Herrn Ortsvorsteher Hillerich die Frage gestellt, ob entsprechend der vorliegenden Protokollnotiz auch alle Ortsbeiratsmitglieder eingeladen werden. Seitens der Verwaltung wird dies geprüft und gegebenenfalls veranlasst.

Weiterhin wird aus dem Kreis der Erschienenen angeregt, die nach dem Auszug aus dem Alten Rathaus sichergestellte Erstsiedlertafel im Foyer des Bürgerhauses aufzuhängen. Angesichts des 80jährigen Jubiläums von Allmendfeld soll dies möglichst umgehend vorgenommen werden.

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, schließt Herr Ortsvorsteher Hillerich die Sitzung und dankt den Erschienenen für ihre konstruktive Mitarbeit.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Ortsvorsteher

Schriftführer